

# Wenn gute Argumente nicht genügen

*Wenn es um wesentliche Fortschritte geht, müssen ArbeitnehmerInnen Druck machen können, auf Arbeitgeber und auf die Politik.*

**René Schindler**

Bundessekretär der Produktionsgewerkschaft  
PRO-GE

**E**s wird nicht viel gestreikt in Österreich, aber wenn, dann anständig! Die Wirtschaft ist sich schon bewusst, dass die Gewerkschaften hierzulande immer noch recht stark sind. Man kann daher am Verhandlungstisch etliches erreichen. Aber wenn es um wirklich entscheidende Fortschritte geht? Dann ist die Grenze der Sozial„partnerschaft“ schnell erreicht. Dann muss man den Wahrheitsbeweis antreten – und kämpfen. Ob mit Demonstrationen, Volksbegehren, Kampagnen aller Art oder Streiks: Ohne geht's oft nicht. Und das war schon immer so.

## Erkämpfte Selbstverständlichkeiten

Freiwillig geben Arbeitgeber nur **Brosamen** her. Abschaffung von Frauenlohngruppen? Erhöhung auch der Ist-Löhne/-Gehälter? Das scheint uns heute selbstverständlich: 1962 musste dafür in der gesamten Metallindustrie heftig gestreikt werden. 40-Stunden-Woche? Dafür hat der ÖGB im Jahr 1969 (mit der SPÖ) ein Volksbegehren initiiert und dafür 890.000 Unterschriften gesammelt. Irgendwie kommt einem die Zahl bekannt vor, Stichwort Lohnsteuer-Kampagne. Und weil dieser Tage auch Pensionen wieder ein heißes Thema sind: Erinnern Sie sich noch an die Streiktage und die „Regen-Demonstration“ im Jahr 2003? Wenn es die nicht gegeben hätte, hätten wir längst eine „Volks Pension“ – und wer damit nicht

auskommt, kann ja an der Börse spekulieren ... Und das Frauenpensionsalter wäre 65, na klar, Herr Schüssel! Übrigens: Starke Gewerkschaften werden das auch 2016 verhindern.

## Streikrecht garantiert

Kämpfen, insbesondere streiken können und dürfen nur Gewerkschaften. Ihnen garantiert die Europäische Menschenrechtskonvention dieses Recht. Und ob die wirklich auch ein Streikrecht garantiert, war lange umstritten.

Da gab es die Professoren, die meinten: Ihr habt das Recht, eine Gewerkschaft zu gründen, aber das ist schon alles. Dann könnt ihr ja – was eigentlich? Gemeinsam nett bitten, ob die Arbeitgeber wohl so freundlich wären, ein paar Cent abzugeben?

Aber um gefuchste Juristen-Debatten haben wir uns da nie viel gekümmert. Wenn es nötig war, haben wir gestreikt und niemanden um Erlaubnis gefragt. Zu Tode gefürchtet ist bekanntlich auch gestorben; noch dazu auf qualvolle Art. Und inzwischen hat auch der Menschenrechts-Gerichtshof mehrfach und klar entschieden: Gewerkschaften und ihre Mitglieder haben das verbrieftete Recht zu kämpfen, in jeder Form, die sie für geeignet halten.

Klar ist allerdings auch: Die Arbeitskammern sind wichtige Partnerinnen, aber keine Kampforganisationen, sie stehen unter staatlicher Aufsicht. Die Menschenrechtskonvention gilt für sie nicht. Gewerkschaften hingegen sind nur ihren Mitgliedern Rechenschaft schuldig, sie allein dürfen und

sollen kämpfen. Aber dafür braucht es starke Gewerkschaften! Und was macht sie stark? Ganz einfach: Mitglieder, Mitglieder und noch einmal Mitglieder. Die Fäuste im Sack ballen bringt halt nichts. Ätzende Kommentare im Internet-Forum? Da fühlt man sich vielleicht besser, aber die Welt ändert das keinen Millimeter.

Uns hat seit jeher etwas anderes stark gemacht: Solidarität! Und das ist nicht (nur) der Name einer Zeitschrift. Solidarität ist ein politisches Konzept. Es besagt, dass wir ArbeitnehmerInnen allein zwar machtlos sind – aber gemeinsam stark. Auf jeden Einzelnen können die Arbeitgeber verzichten und die Politik auch. Aber auf uns alle nicht! Wenn wir zusammenhalten, sind wir die Stärkeren!

## Vielfältige Werkzeuge

Dieses Stark-Sein kann viele verschiedene Formen annehmen. Klassisch ist der Streik, also die gemeinsame Arbeitsniederlegung. Nur: Als es 2002 um den Leiharbeiter-Kollektivvertrag ging, hätten wir nicht streiken können. Denn es gab so gut wie keinen Betriebsrat in einer Leiharbeitsfirma und auch kaum Mitglieder. Zudem sind LeiharbeiterInnen auf alle möglichen Einsatzbetriebe verstreut. Da kann eine Streikbewegung mit bestem Willen nicht in Gang kommen. Aber eine Kampforganisation findet einen Weg: eine Beratungs- und Aktivierungskampagne, die in fast 100 Klagen vor den Arbeitsgerichten mündete. Zusätzlich Druck auf jene Betriebe, die Leih-ArbeitnehmerInnen be-